



Brüssel, den 4. März 2019
(OR. en)

6990/19

FSTR 39
FC 19
REGIO 50
SOC 177
AGRISTR 16
PECHE 85
CADREFIN 125
DELACT 43

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	6931/19 + ADD 1
Nr. Komm.dok.:	C(2019) 1090 final
Betr.:	DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION vom 15.2.2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Finanzierungsform, die nicht mit den Kosten der einschlägigen Vorhaben in Zusammenhang steht – Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben

- Die Kommission hat dem Rat den eingangs genannten delegierten Rechtsakt¹ gemäß Artikel 149 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vorgelegt². Nachdem die Kommission den delegierten Rechtsakt am 15. Februar 2019 übermittelt hat, hat der Rat bis zum 15. April 2019 Zeit, Einwände gegen ihn zu erheben.

¹ Dok. 6931/19 + ADD 1.

² Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (Abl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

2. Die Gruppe "Strukturmaßnahmen" hat den delegierten Rechtsakt am 1. März 2019 geprüft und ist übereingekommen, dass es für den Rat keinen Grund gibt, Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben.
 3. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, dem Rat zu empfehlen, er möge auf einer seiner nächsten Tagungen bestätigen, dass er nicht beabsichtigt, Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben, und dass die Kommission und das Europäische Parlament darüber zu unterrichten sind. Dies bedeutet, dass der delegierte Rechtsakt gemäß Artikel 149 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 veröffentlicht wird und in Kraft tritt, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.
-